

Die Rechtsfolgen der Doppelkontrolle von Gemeinschaftsunternehmen nach dem GWB

von
Dr. JOHANNES WERTENBRUCH
Bonn

B 49 818

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



1990

CARL HEYMANNS VERLAG KG

Köln · Berlin · Bonn · München

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort des Verfassers</i>	V
<i>Vorwort des Herausgebers</i>	VII
<i>Erstes Kapitel: Das Rechtsfolgenproblem</i>	
I. Fristgebundene Kontrolle eines Zusammenschlusses i. S. d. § 23 Abs. 2 Nr. 2 S. 3 GWB (Gemeinschaftsunternehmen) nach § 24 GWB und zeitlich unbegrenzte Kontrolle nach § 1 GWB	1
II. Die Rechtsfolgen kartellbehördlicher Unbedenklichkeitserklärungen – Untersagung der Aral AG sechzehn Jahre nach der Überprüfung durch das Bundeskartellamt	2
III. Rechtssicherheit durch Verwaltungsgrundsätze des Bundeskartellamtes? – Die Bedeutung der Verwaltungsgrundsätze aus dem Jahre 1978 nach »OAM«	4
IV. Die Rechtsfolgen der Anwendung des § 1 GWB auf Personengesellschaften nach der h. M.	7
V. Verdrängung des § 1 GWB durch die §§ 23 ff. GWB (Spezialitätstheorie)?	9
<i>Zweites Kapitel: Die Einbeziehung der Prüfung des § 1 GWB in das Fusionskontrollverfahren nach der Verfahrenspraxis des Bundeskartellamtes</i>	
I. Doppelkontrolle innerhalb der viermonatigen Frist des § 24a Abs. 2 S. 1 GWB – Glasfaserkabel-Fall	11
II. Doppelkontrolle innerhalb der Jahresfrist des § 24 Abs. 2 S. 2 GWB – Fall Transportbeton Sauerland und Heidelberger Zement/Malik	12
III. Übereinstimmende Rechtsfolgen bei den Untersagungsentscheidungen und unterschiedliche Rechtsfolgen bei den negativen Entscheidungen im Rahmen der Doppelkontrolle	13
<i>Drittes Kapitel: Die teleologische Reduktion der Rechtsfolge des § 1 GWB</i>	
I. Die allgemeinen Voraussetzungen der teleologischen Reduktion	15
II. Die Einschränkung kartellrechtlicher Vorschriften	16
III. Die Voraussetzungen für die teleologische Reduktion der Rechtsfolge des § 1 GWB	17
1. Die Regelungsabsicht des Gesetzgebers	17
2. Die Änderung der Rechtslage durch die Aufgabe der Gegenstandstheorie im Jahre 1975 (ZVN-Entscheidung)	20
IV. Die Nichtvereinbarkeit der Rechtsfolge des § 1 GWB mit dem Zweck des § 24 Abs. 2 S. 4 Teilsatz 3 GWB	22

V.	Der Zweck des § 24a Abs. 4 Teilsatz 3 GWB	24
VI.	Die Unvereinbarkeit der Rechtsfolge des § 1 GWB mit dem Zweck der Regelungen über die Auflösung (Entflechtung) eines Zusammen- schlusses, § 24 Abs. 6 und 7 GWB	25
	1. Regelung des § 24 Abs. 6 S. 2 GWB	25
	2. Der Zweck des § 24 Abs. 7 Nr. 3 GWB	25
	3. Der Zweck des § 24 Abs. 6 Satz 1 und 3 GWB	27
	4. Die Behinderung der Auflösung eines Zusammenschlusses durch die zivilrechtliche Unwirksamkeit der Zusammenschlußverträge – Auflösung des Zusammenschlusses Heidelberger Zement/Malik	29
	5. Ergebnis	31
VII.	Die Unvereinbarkeit der Rechtsfolge des § 1 GWB mit dem Zweck des § 24 Abs. 3 GWB (Ministererlaubnis)	31
VIII.	Ergebnis	33
	<i>Viertes Kapitel: Die Geltung der Fusionskontrollfristen für die Untersagung eines Zusammenschlusses i. S. d. § 23 Abs. 2 Nr. 2 S. 3 nach § 1 in Verb. mit § 37a GWB</i>	
I.	Die Untersagung eines Zusammenschlusses nach § 37a GWB im Falle des Verstoßes gegen § 1 GWB	35
II.	Der Zweck der Untersagungsfristen	35
	1. Die Regelungsabsicht des Gesetzgebers	35
	2. Die Rechtsprechung des Kammergerichtes und des Bundesgerichts- hofes zum Zweck der Untersagungsfristen	36
III.	Der Zweck der obligatorischen Anmeldung nach § 24a Abs. 1 S. 2 GWB .	37
IV.	Der Zweck des Monatsbriefes	38
V.	Der Zweck des § 24a Abs. 4 Teilsatz 1 a.E. (Aufhebung des Vollzugsverbotes)	39
VI.	Der Zweck der Fristdurchbrechung des § 24a Abs. 2 S. 2 Nr. 4 GWB (we- sentliche Änderung der Verhältnisse) – keine Fristdurchbrechung im Falle einer Änderung der Rechtsprechung	41
VII.	Zusammenfassende Würdigung	42
	<i>Fünftes Kapitel: Sonderfälle der Doppelkontrolle</i>	
I.	Die Änderung des Gesellschaftszwecks des Gemeinschaftsunternehmens (Marktwechsel) nach Ablauf der Fusionskontrollfristen und nach Voll- zug des Zusammenschlusses – Fallbeispiel von Canenbley/Moosecker .	45
II.	Die Aufnahme der Tätigkeit der Mütter auf dem Markt des Gemein- schaftsunternehmens nach Ablauf der Fusionskontrollfristen	48
III.	Geltung der Fusionskontrollfristen für die Doppelkontrolle nach dem GWB im Falle der Anmeldung des Gemeinschaftsunternehmens bei der EG-Kommission	49
IV.	Die Doppelkontrolle bei Einkaufskooperationen	49

V.	Der Zweck des § 24a Abs. 4 Teilsatz 3 GWB	24
VI.	Die Unvereinbarkeit der Rechtsfolge des § 1 GWB mit dem Zweck der Regelungen über die Auflösung (Entflechtung) eines Zusammenschlusses, § 24 Abs. 6 und 7 GWB	25
	1. Regelung des § 24 Abs. 6 S. 2 GWB	25
	2. Der Zweck des § 24 Abs. 7 Nr. 3 GWB	25
	3. Der Zweck des § 24 Abs. 6 Satz 1 und 3 GWB	27
	4. Die Behinderung der Auflösung eines Zusammenschlusses durch die zivilrechtliche Unwirksamkeit der Zusammenschlußverträge – Auflösung des Zusammenschlusses Heidelberger Zement/Malik	29
	5. Ergebnis	31
VII.	Die Unvereinbarkeit der Rechtsfolge des § 1 GWB mit dem Zweck des § 24 Abs. 3 GWB (Ministererlaubnis)	31
VIII.	Ergebnis	33
	<i>Viertes Kapitel: Die Geltung der Fusionskontrollfristen für die Untersagung eines Zusammenschlusses i. S. d. § 23 Abs. 2 Nr. 2 S. 3 nach § 1 in Verb. mit § 37a GWB</i>	
I.	Die Untersagung eines Zusammenschlusses nach § 37a GWB im Falle des Verstoßes gegen § 1 GWB	35
II.	Der Zweck der Untersagungsfristen	35
	1. Die Regelungsabsicht des Gesetzgebers	35
	2. Die Rechtsprechung des Kammergerichtes und des Bundesgerichtshofes zum Zweck der Untersagungsfristen	36
III.	Der Zweck der obligatorischen Anmeldung nach § 24a Abs. 1 S. 2 GWB	37
IV.	Der Zweck des Monatsbriefes	38
V.	Der Zweck des § 24a Abs. 4 Teilsatz 1 a.E. (Aufhebung des Vollzugsverbotes)	39
VI.	Der Zweck der Fristdurchbrechung des § 24a Abs. 2 S. 2 Nr. 4 GWB (wesentliche Änderung der Verhältnisse) – keine Fristdurchbrechung im Falle einer Änderung der Rechtsprechung	41
VII.	Zusammenfassende Würdigung	42
	<i>Fünftes Kapitel: Sonderfälle der Doppelkontrolle</i>	
I.	Die Änderung des Gesellschaftszwecks des Gemeinschaftsunternehmens (Marktwechsel) nach Ablauf der Fusionskontrollfristen und nach Vollzug des Zusammenschlusses – Fallbeispiel von Canenbley/Moosecker	45
II.	Die Aufnahme der Tätigkeit der Mütter auf dem Markt des Gemeinschaftsunternehmens nach Ablauf der Fusionskontrollfristen	48
III.	Geltung der Fusionskontrollfristen für die Doppelkontrolle nach dem GWB im Falle der Anmeldung des Gemeinschaftsunternehmens bei der EG-Kommission	49
IV.	Die Doppelkontrolle bei Einkaufskooperationen	49

V.	Doppelkontrolle innerhalb der Fusionskontrollfristen bei sachlicher Zuständigkeit einer Landeskartellbehörde für die Untersagungsverfügung nach § 1 in Verb. mit § 37a GWB – Kompetenz kraft Sachzusammenhangs?	51
VI.	Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Untersagungsverfügung bei einem Mißbrauch der Zusammenschlußform zu Kartellzwecken ...	52
VII.	Doppelkontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen im Sinne des § 23 Abs. 2 Nr. 1 GWB (Vermögenserwerb) und des § 23 Abs. 2 Nr. 2 GWB (Anteilserwerb)	53
	<i>Sechstes Kapitel: Die Anwendung der Regeln über die fehlerhafte Gesellschaft auf Gemeinschaftsunternehmen, die keinen Zusammenschlußtatbestand erfüllen</i>	
I.	Keine Verdrängung der Rechtsfolge des § 1 GWB aufgrund des Zwecks der Fusionskontrollvorschriften bei Gemeinschaftsunternehmen, die keinen Zusammenschlußtatbestand erfüllen	55
II.	Rechtslage bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften	55
III.	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Anwendbarkeit der Regeln über die fehlerhafte Gesellschaft auf eine Personengesellschaft, die gegen ein gesetzliches Verbot verstößt	56
IV.	Die Übertragbarkeit der vom Bundesgerichtshof bei Innengesellschaften entwickelten Grundsätze auf nach außen in Erscheinung tretende Gesellschaften	57
V.	Die Vereinbarkeit der Anwendung der Regeln über die fehlerhafte Gesellschaft mit dem Zweck des § 1 GWB	59
	1. Die Zwecke des Kartellverbotes	59
	2. Die Beseitigung der Wettbewerbsbeschränkung	59
	3. Die Präventionswirkung des § 1 GWB	60
	a) Das fehlende Erfordernis einer Präventionswirkung bei unbewußten Verstößen gegen das Kartellverbot	60
	b) Die Präventionswirkung durch den Bußgeldtatbestand des § 38 Abs. 1 Nr. 1 GWB im Falle eines bewußten Verstoßes gegen § 1 GWB	61
VI.	Ergebnis	62
	<i>Zusammenfassung</i>	62
	<i>Literaturverzeichnis</i>	63